

Fünf Jahre Hartz IV- (k)ein Grund zum Feiern??!

Wer feiert eigentlich hier und heute und was wird gefeiert?

Eine optierende Kommune sich selbst. Eine Behörde ihr 5-jähriges Bestehen. Beschäftigungsgesellschaften ihr Expandieren. Die Bürgermeister den Abbau regelbezahlter Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst

Dies alles ohne die ca.10.000 Kunden des Kreis-Job-Centers.

Diese selbstgefällige Art der „Feierkultur“ empfinden *wir* als gegenwärtige/ widerwärtige Dekadenz und anstrengungsloses Wohllleben.

Westerwelle setzte eine Diffamierungskampagne fort, die sich von Koch über Sarrazin gegen Hartz IV-Beziehende richtet. Damit werden Transferleistungsbezieher in ihrer grundgesetzlich geschützten Menschenwürde angegriffen um eine Spaltung zwischen Niedrigverdienern und Erwerbslosen herbeizuführen.

Vor dem Hintergrund der offensichtlich üblich gewordenen Steuerhinterziehung in Milliardenhöhe von sogenannten Leistungsträgern unserer Gesellschaft und nicht kontrollierter Zinsguthaben auf staatlichen Konten, ist die Verfolgung des ständig beschworenen Hartz IV-Missbrauchs geradezu ein Treppenwitz

Die Hartz- Gesetze, im Wesentlichen dazu gedacht über die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe die Verwaltung zu vereinfachen haben sich als ein untaugliches Mittel erwiesen. Über Arbeiten die keine Regelaufgaben der Kommunen beinhalten, die im öffentlichen Interesse liegen, die keine bisherigen Arbeitsplätze ersetzen sollte die Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt ermöglicht werden. In der Praxis wurden diese Forderungen nicht erfüllt. Nach fünf Jahren Hartz IV ist dieses Gesetz gescheitert

Viele verwaltete Kunden- stark gefordert, schwach gefördert fühlen sich wie die spätrömische Unterschicht (Sklaven). Im alten Rom gab es die gute Sitte der Feiern zu Ehren des Gottes Saturn (Saturnalien), dabei waren Geschenke und die Bewirtung der Sklaven durch ihre Herren üblich, Aufhebung jeglicher Standesunterschiede.

Hat Martin Behrsig vom Erwerbslosenforum Deutschland nicht Recht, wenn er sagt: „Für Erwerbslose sind Optionskommunen ein Alptraum“, da sich die betroffenen Erwerbslosen nicht auf bundeseinheitliche Rechtsauffassungen verlassen können.

Irrt der Bundesrechnungshof, wenn er immer wieder seine Kritik an den Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung äußert, neben der Kritik an der Wirksamkeit der geprüften Maßnahmen?

Sind die Studien des DGB Bundesvorstands falsch, die belegen, 1 Euro Jobs dienen der Disziplinierung von Arbeitslosen und dem Ausbau des Niedriglohnsektors.

Können die Verantwortlichen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes nicht rechnen, wenn sie sagen, die Regelsätze für Kinder sind zu niedrig?

Wir als Betroffene sagen, es mangelt nicht an unserer Bereitschaft zum Arbeiten. Nicht an unserer Bereitschaft zur qualifizierten Weiterbildung.

Es herrscht der Mangel an qualifizierten Arbeitsplätzen!

Beati possidentes

Widerstandsbündnis, Erwerbslosenrat Mittelhessen, DIE LINKE KV Marburg-Biedenkopf, Fraktion DIE LINKE im Kreistag Marburg-Biedenkopf